

# Österreich entscheidet

Die Presse SAMSTAG, 30. SEPTEMBER 2017

1

BEZAHLTE SONDERBEILAGE

Anzeige

## Einfach „nur“ gut regiert werden

**Ein Vorschlag.** Am liebsten würden sich viele Bürger gar nicht um Politik kümmern müssen. Sie erwarten von Politikern, dass sie Probleme lösen und Chancen für Österreich nutzen. Was ist zu tun, wenn diese Erwartungen immer weniger erfüllt werden?

Hermann Arnold von Österreich entscheidet

Am 15. Oktober wählen wir wieder einmal. Ein Jahr früher als eigentlich vorgesehen. Die Regierung sah keine andere Möglichkeit, die gegenseitige Blockade zu überwinden. Die Wähler sollen eine Richtungswahl treffen. Danach wird alles besser.

Das glauben inzwischen immer weniger Menschen in diesem Land. Den größten Wähleranteil haben seit der Nationalratswahl 2008 die Nichtwähler. Noch viel mehr wären nicht zur Wahl gegangen, hätten sie nicht Schlimmeres verhindern wollen. Zuoft haben Politiker nach den Wahlen Hoffnungen enttäuscht, Versprechen gebrochen, schlicht nicht gut regiert.

### Das System ist veraltet

Dies liegt nicht daran, dass Politiker nicht fähig oder nicht willens sind, gute Politik zu machen. Es liegt daran, dass unser politisches System nicht mehr zeitgemäß ist. Die Probleme werden vielfältiger und komplexer. Es bräuchte die Expertise vieler Menschen in der Politik - aber immer weniger wollen sich engagieren. Es gibt keine letzte Instanz, wenn sich die Mächtigen nicht einigen können. Das Einzige, das machbar scheint, sind halbherzige Minimalkompromisse auf Basis undurchsichtiger Kuhhandel. Die Versuchung liegt nahe, durch Neuwahlen die Karten neu zu mischen. Aber die Zeiten klärender Wahlergebnisse sind vorbei. Selbst Systeme mit klaren Mehrheiten (USA, Frankreich) können die Blockaden der Interessenspolitik nicht überwinden.

### Die fünfte Macht im Staat

Wenn Politiker keine Politik für die Menschen machen können, wird der Ruf nach dem starken Mann



Zum Greifen nahe: Die meisten Spitzenkandidaten sind für den Verbindlichen Volksentscheid.

[Österreich entscheidet/Jeanine Jesch]

lauter. Irgendwann kippt das System, das auf Stabilität ausgerichtet war. Es hat während langer Zeit Extremisten von der Macht ferngehalten. Nach dem Kippen bringt es sie umso stabiler an die Macht. Wohin das führt zeigen genügend Beispiele aus der nahen und fernen Nachbarschaft. Einen Gegenentwurf zu diesem Szenario zeigt unser westliches Nachbarland, die Schweiz. Dort gibt es eine fünfte Macht im Staat: das Volk. Die Bevölkerung darf nicht nur alle paar Jahre einer Partei ihre Stimme abgeben. Sie kann eingreifen, wenn Politiker Probleme nicht sehen oder nicht lösen können.

### Verbesserung mit Beteiligung

In einer Demokratie mit Bürgerbeteiligung werden weiterhin die Regierungsgeschäfte von Volksvertretern erledigt. Über 90 Prozent der Gesetze werden von gewählten

Parlamentariern ausgearbeitet und verabschiedet. Alleine die Möglichkeit, dass die Bevölkerung entscheidend eingreifen kann, erhöht die Qualität der Regierungsarbeit. Volksvertreter achten mehr auf die Bedürfnisse der Bevölkerung. Ihre Aufgabe scheint schwieriger, wird in der Tat jedoch einfacher: Sie können gut organisierten Spezialinteressen eine mächtigere Gruppe gegenüberstellen: die Gesamtbevölkerung.

### Manipulierbare Bevölkerung?

Die größte Sorge bereitet die Vorstellung, dass verbindliche Bürgerbeteiligung von Populisten missbraucht wird. Dass die Bevölkerung durch falsche Informationen zu Fehlentscheidungen manipuliert wird. Der Brexit scheint das abschreckende Paradebeispiel dafür. Bürgerbeteiligung ist tatsächlich gefährlich, wenn sie nicht

durch zahlreiche Abstimmungen eingeübt ist. Mit genügend Lernerfahrung steigt die Qualität der Entschiede. Alleine eine nochmalige Durchführung der Brexit-Abstimmung hätte bereits ein anderes Ergebnis gebracht.

### Gegen Vertrauensverlust

Politiker beklagen den wachsenden Vertrauensverlust in ihren Berufsstand. Dies ist in der Tat eine gefährliche Entwicklung. Vertrauen ist jedoch keine Einbahnstraße. Wenn Politiker der Bevölkerung nicht vertrauen, warum sollte die Bevölkerung den Politikern vertrauen? Eine schrittweise Einführung von Bürgerbeteiligung, wie sie „Österreich entscheidet“ mit dem Verbindlichen Volksentscheid vorschlägt, baut gegenseitiges Vertrauen auf und bringt Bewegung in den Stillstand. Sie ist eine Versicherung für gute Regierungsarbeit.



„Es geht um wirkliches Mitgestalten - nicht nur um Scheinbeteiligung. Dann entstehen Lösungen, die uns weiterbringen.“

Martin Hollinetz, Gründer von Ote-lo, offenes Technologielabor

[Stephan Rauch]



„Der grassierenden Politiker-Verdrossenheit können wir nur durch mehr ernstgemeinte Bürger\*innenbeteiligung begegnen. „Österreich entscheidet“ ist eine wichtige Initiative auf dem Weg dahin.“

Marie Ringler, Ashoka Europa-Chefin

[David Payz]

## Ein Rundblick: Erfolgreiche Beispiele

Daniel Schily von Democracy International

Österreich ist umgeben von direkter Demokratie. Es gibt derzeit circa 113 rechtsstaatliche Demokratien. Immerhin 25 davon kennen das stärkste Instrument der direkten Demokratie, nämlich den von Bürgern eingebrachten Gesetzesvorschlag. An Österreich angrenzend sind das die Schweiz, Liechtenstein, Slowakei und Ungarn. Die Slowenen und Italiener können immerhin mit Volksentscheid auf Gesetze der Parlamente einwirken. Alle deutschen Bundesländer haben direkte Demokratie - hoffentlich bald auch die Bundesebene.

### Schweiz

Wer hat's erfunden? Die wichtigsten Volksrechte auf Bundesebene wurden 1874 mit dem fakultativen



Daniel Schily über weltweite Beispiele. [Österreich entscheidet/Gabriel Gschaidler]

Gesetzesreferendum und 1891 mit der Verfassungsinitiative eingeführt.

Das erste Recht wirkt wie eine Bremse: Mit 50.000 Unterschriften kann eine Abstimmung zu allen Gesetzen des Parlaments verlangt werden. Das zweite Recht dient als Gaspedal: Mit 100.000 Unterschriften kann ein eigener Vorschlag zur Änderung der Schweizer Verfassung eingebracht werden. Diese Rechte tragen dazu bei, dass die Schweiz heute eines der erfolgreichsten Länder der Welt ist.

### Kalifornien

Viele Europäer wissen nicht, dass das Land des iPhones und die meisten US-Staaten im „wildem Westen“ die direkte Demokratie haben. In der „Steuerrevolution“ von 1987 wehrten sich die Hausbesitzer gegen eine erdrückende

Steuerlast. Der beispiellose wirtschaftliche Erfolg Kaliforniens ist nicht zuletzt auf die direkten Volksrechte zurückzuführen.

### Uruguay

Die „Schweiz“ Südamerikas. Die Verfassung enthält seit 1934 die Volksinitiative und seit 1967 das fakultative Referendum für Gesetze. 1984 befreite sich das Volk durch einen Volksentscheid von der Militärjunta. Uruguay steht in Sachen Demokratie, Korruptionsfreiheit und Wohlstand an führender Stelle in Latein- und Südamerika.

### Litauen

2010 stimmten die Litauer gegen den Bau eines Atomkraftwerkes und stiegen damit de facto aus der Kernenergie aus. Die baltischen Tiger haben die direkte Demokratie voll ausgebaut.



„Wir wollen, dass die Politik in Österreich in Zukunft bessere Lösungen findet und bessere Entscheidungen trifft. Dafür braucht es eine Verbesserung der bestehenden demokratischen Instrumente. Eines davon ist der Verbindliche Volksentscheid.“

Philippe Narval, Director European Forum Alpbach

[Österreichische Lotterien/Achim Bieniek]

# Knapp vorbei ist auch daneben

Die Geschichte. Nach 100 Jahren wäre es Zeit für echte direkte Demokratie.

Erwin Mayer von mehr demokratie Österreich

Es gab 100 Jahre Österreichische Bundesverfassung ohne echte direkte Demokratie - mit Momenten, in denen sich dies fast geändert hätte.

Die Schweizer Bevölkerung hat sich ab der Mitte des 19. Jahrhunderts sukzessive echte direkte Demokratie mit verbindlichen, von der Bevölkerung initiierten Volksabstimmungen erkämpft. Ein solches Instrument fehlt auch heute noch in Österreich. Die Verfassungsväter der Sozialdemokraten und der Christlich Sozialen Partei verglichen mehrere demokratische Systeme in Europa und entschieden sich jedoch bewusst gegen eine direkte Demokratie in den Händen der Bevölkerung.

Die Österreichische Bundesverfassung ist seit 1920 - unter Abzug der diktatorischen Phasen vor 1945 - eine Verfassung von Parteien für Parteien. Volksabstimmungen, wie jene um die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf, können bis heute nur vom Parlament ausgelöst werden. Volksbefragungen, wie die unverbindliche Bundesheer-Befragung, liegen ebenfalls in den Händen der Parlamente und damit auch der Regierungen. Sie bestimmen die Themenauswahl, den Zeitpunkt und den Wortlaut der Fragestellung.

## Und im Wahlkampf?

Gut für den Wahlkampf, schlecht für die Regierenden? Die Bevölkerung wurde niemals offiziell und verbindlich gefragt, ob sie direkte Demokratie haben will. Repräsentative Umfragen, wie jene von Prof. Max Haller von der Karl-Franzens-Universität Graz aus dem Jahr 2012 belegen, dass die Bevölkerung mehr direkte Demokratie in Form von verbindlichen Volksabstimmungen will. Das ist natürlich auch wahlkämpfenden Parteien bekannt. Deswegen haben so gut wie alle Parteien, vor allem wenn sie in

# Der Verbindliche Volksentscheid

Das Instrument. Mit dem Verbindlichen Volksentscheid\* bekommen die Österreicher ein neues politisches Instrument.

Die Österreicher können mit dem verbindlichen Volksentscheid erstmals direkten Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. In einer repräsentativen Demokratie des 21. Jahrhunderts wollen Bürger mehr als ein Stimmrecht bei Wahlen. Sie wollen bei wichtigen Themen selbst die Initiative ergreifen und mitentscheiden. Der Verbindliche Volksentscheid ergänzt unser politisches System, wenn Politiker sich nicht einigen können - oder Probleme nicht anpacken.

Es geht aber nicht nur darum, den gestiegenen Ansprüchen der Bevölkerung entgegenzukommen. Zahlreiche Menschen in Österreich haben Ideen und Visionen, die unsere Zukunft verbessern könnten. Sie werden aber nicht gehört. Damit vergeben wir uns viele Chancen, die gerade in Zeiten grosser Veränderungen so wichtig wären.

## Mitmach-Demokratie

Wenn drei Prozent der Wahlberechtigten einen Vorschlag aus der Bevölkerung unterstützen, muss über diesen verbindlich abgestimmt werden. Österreichweit wären ungefähr 190.000 Unterschriften notwendig, in Wien 40.000 oder in Vorarlberg 8000. Mit dieser Unterstützung ist noch kein Entscheid gefällig, sondern lediglich ein verbindlicher Prozess in Gang gesetzt.

Die gesetzgebende Einheit kann einen Gegenvorschlag ausarbeiten. Damit ist sichergestellt, dass auch ausgewogene Kompromisslösungen zur Abstimmung gelangen. Der Volksentscheid setzt Politiker jedoch unter Zugzwang, sich in vernünftiger Frist auf eine Lösung zu einigen, da sonst „nur“ über den Vorschlag aus der Bevölkerung abgestimmt wird.

Nach einer gründlichen Meinungsbildung entscheidet die Bevölkerung - wie übrigens bei Wahlen auch - welcher Vorschlag umgesetzt werden soll. Die Bevölkerung kann natürlich auch



Jetzt die Petition unterzeichnen auf: [entscheidet.at](http://entscheidet.at).

[Österreich entscheidet/Gabriel Geisler]

## IM ZITAT

„Der Verbindliche Volksentscheid ist ein neues, wertvolles Instrument zur Belebung der österreichischen Demokratie.“  
Peter Bußjäger, Verfassungs- und Verwaltungsjurist

„Ich habe schon viele Versuche begleitet, neue und verstärkte direktdemokratische Elemente in

Österreich und in der EU einzuführen. Die Zeit für die rechtsförmliche Aufwertung des politischen Bürgerwillens war noch nie so reif und scheinbar auch günstig wie jetzt.“

Johannes Pichler, Direktor des Österreichischen Forschungsinstituts für Rechtspolitik

beide Vorschläge verwerfen und beim Status quo bleiben. Auf diese Weise kommt bei Themen, die der Bevölkerung wichtig sind, Bewegung in den Stillstand.

## Sind wir reif dafür?

Das häufigste Argument gegen den Verbindlichen Volksentscheid ist, dass die Bevölkerung nicht reif für ein solches Instrument ist. Dass Populisten und Falschnachrichten zu unerwünschten Ergebnissen führen. Dass Österreich nicht die Kultur hat wie beispielsweise die Schweiz, in der seit fast 150 Jahren direkte Demokratie gelebt wird.

Es ist richtig, dass der Umgang mit dem Verbindlichen Volksentscheid geübt und gelernt werden muss - sowohl von der Bevölke-

rung als auch von der Politik und der Verwaltung. Deshalb beinhaltet der Vorschlag von Österreich entscheidet eine stufenweise Einführung. Die ersten Volksentscheide werden auf Länder- und Gemeindeebene gefällt.

## Die Zeit ist reif

Viele Politiker signalisieren ihre Unterstützung, den Verbindlichen Volksentscheid\* in der nächsten Legislaturperiode umzusetzen. Noch nie war eine echte Bürgerbeteiligung so greifbar nahe wie heute. Österreich kann zu einem Vorbild für Europa werden, wie moderne Demokratie funktioniert.

\* Lies mehr und unterzeichne die Petition auf: [entscheidet.at](http://entscheidet.at)

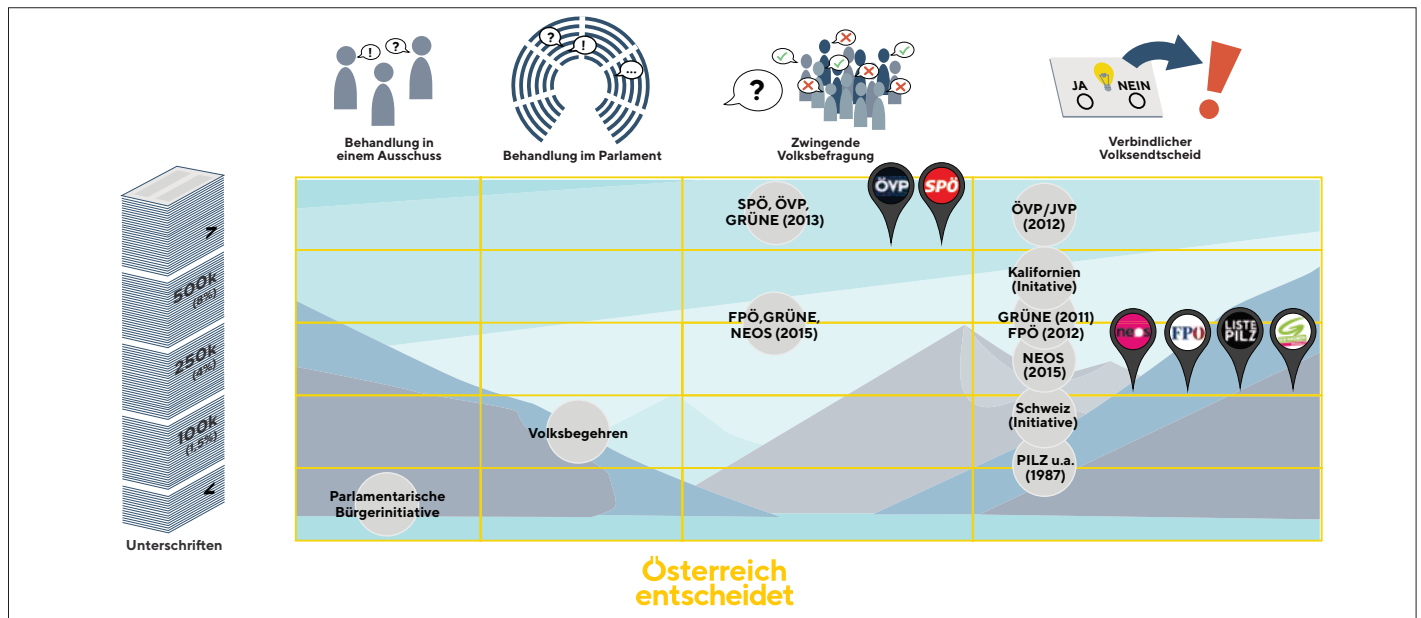


Der Volksentscheid gegen den Stillstand. [xxxxx]

der Opposition sind, Position für eine echte direkte Demokratie eingenommen.

## Demokratiepaket

Die SPÖ war unter ihrem damaligen Oppositionschef Alfred Gusenbauer für verbindliche Volksabstimmungen ab Unterschriften von zehn Prozent der Wahlberechtigten. Die ÖVP hat sich weit öfters und immer wieder für mehr direkte Demokratie von unten eingesetzt. Unter Schlüssel-Haider war die direkte Demokratie - allerdings mit hohen Hürden und einer langen Liste an Themen-Ausschlüssen - schon einmal Bestandteil einer Regierungserklärung. 2012, als die ÖVP in Umfragen bei rund 20 Prozent lag, wurde Sebastian Kurz von Vizekanzler Michael Spindelegger beauftragt, ein Demokratiepaket zu schnüren. Dieses sah mit einstimmigem Beschluss des Bundesparteivorstandes 2012 verbindliche Volksabstimmungen nach erfolgreichen Volksbegehren vor. Auch Peter Pilz ist 1987 als grünes Gründungsmitglied für verbindliche Volksabstimmungen ab 100.000 Unterschriften eingetreten, ebenso wie Irmgard Griss während des Bundespräsidenten-Wahlkampfes 2016. Die FPÖ setzt seit Jahrzehnten auf mehr direkte Demokratie und macht sie aktuell zur Koalitionsbedingung. Es wird Zeit, dass Bevölkerung und Politik es mit hundertzjähriger Verspätung nun gemeinsam schaffen, echte direkte Demokratie in Österreich in der Bundesverfassung zu verankern.



**Interview.** Hermann Arnold ist Familienvater, Unternehmer und Initiator von Österreich entscheidet. Der gebürtige Tiroler hat seine Software-Firma demokratisch aufgebaut und begleitet andere Unternehmen in der Transformation ihrer Organisationen.

## „Was treibt euch an?“

Hermann Arnold im Gespräch mit Tanja Lackner von Österreich entscheidet.

*Auf politischer Ebene herrscht derzeit Stillstand. Glaubst du, dass sich mit den Neuwahlen daran etwas ändern wird?*

Wie viele andere in Österreich möchte ich die Hoffnung nicht aufgeben. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass ohne eine grundlegende Veränderung unseres politischen Systems der Stillstand nicht überwunden werden kann.

*Hat die repräsentative Demokratie ausgedient?*

Nein, auf keinen Fall. Wir brauchen gute Politiker, die unsere Interessen jeden Tag mit Expertise und Engagement vertreten. Der Verbindliche Volksentscheid, den wir vorschlagen, ergänzt die repräsentative Demokratie um ein wichtiges Element: die wirksame Beteiligung von uns allen.

*Wohin entwickelt sich die Demokratie?*

Wie in allen anderen Bereichen unseres Lebens, wollen wir nicht mehr abhängig sein von den Mächtigen, sondern unser Schicksal selbst in die Hand nehmen. Dazu brauchen wir einfache Regeln, ausreichend Übung und moderne Werkzeuge für die Mitbestimmung.

*Wie kann der Weg dazu konkret aussehen?*

Zuerst brauchen wir eine Verfassungsänderung, die Verbindliche Volksentscheide zulässt. Dazu ist eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat und eine Volksabstimmung notwendig. Danach ist es wichtig, dass die ersten Volksentscheide auf Gemeinde- und Landesebene gute Lernerfahrungen sind, bevor wir auch über weitreichende Themen gemeinsam entscheiden.

*Welche Vorteile ergeben sich für die Bürger durch mehr Mitspracherecht?*

Das Ergebnis ist eine bessere Regierungsarbeit. Einerseits hören die Politiker besser auf unsere Anliegen, schon alleine weil wir eingreifen könnten. Andererseits können wir selbst unsere Herzensanliegen voranbringen, ohne dass wir Politiker werden müssen - und ohne dass wir auf das Wohlwollen der Politiker angewiesen sind. Wir müssen „nur“ unsere Mitbürger überzeugen.

*Wo Licht ist, ist auch Schatten. Birgt der verbindliche Volksentscheid auch Risiken?*

Natürlich gibt es Risiken: Manipulation der Meinungsbildung, Mehrheiten bestimmen über Minderheiten, Geld kauft Ergebnisse, Gefährdung sozialer und gesellschaftlicher Errungenschaften. Am Schluss geht es immer um die Frage, ob die Mehrheit die richtigen Entscheidungen trifft - oder ob die Mehrheit dumm und egoistisch ist. Meine Erfahrungen und auch Untersuchungen zeigen, dass die Mehrheit der Menschen meist gute

Entscheidungen trifft. Manchmal setzen kurzfristig unerwünschte Entscheidungen langfristig positive Entwicklungen in Gang. Es gibt auch schlichtweg schlechte Entscheidungen. Aber machen Volksvertreter keine Fehler?

*Abschließend nochmal, warum ist dir Mitbestimmung so ein großes Anliegen?*

Ich mache mir ernsthaft Sorgen um den Zustand unserer Gesellschaft. Die Schere zwischen arm und reich wird größer. Manche Menschen arbeiten Tag und Nacht und kommen kaum über die Runden. Andere lassen das System für sich arbeiten. Wir haben große geopolitische Herausforderungen: Völkerwanderung, Klimawandel, Terrorismus. Die Politik hat keine überzeugenden Lösungen. Diese Herausforderungen können wir nur ge-



Hermann Arnold über den Verbindlichen Volksentscheid.

[Österreich entscheidet/Gabriel Gschaidner]

meinsam lösen. Dazu brauchen wir Mitbestimmung. Ich möchte meinen Kindern sagen können, dass ich nicht untätig zuge-

schaute habe. Dass ich etwas unternommen habe, um eine positive politische Entwicklung für Österreich und Europa zu bewirken.

# Du bist Demokratie

UNTERSCHREIBE  
JETZT AUF:  
Österreich  
entscheidet  
.at

## Männersache?

Der Umgang mit Frauenwahlrechten und das feucht-fröhliche Seilziehen in Neuseeland.

### Frauenwahlrecht

Das Frauenwahlrecht wurde erstmals in 11 Bundesstaaten im Westen der USA größtenteils durch direkte Volksentscheide erkämpft. In Colorado stimmten die Männer 1893 über die Einführung ab, um dem eklatanten Frauenmangel in ihren Goldgräberstädten entgegenzuwirken. In der sonst so vorbildlichen Schweiz gewährten die Schweizer Männer erst 1971 den Frauen das Wahlrecht. Im Schweizer Kanton Appenzell stimmte die Mehrheit der Männer sogar noch 1990 gegen das Frauenwahlrecht.

### Hochprozentig

Zwischen 1894 und 1987 haben die Neuseeländer alleine 30 Mal über mehr oder weniger freien Alkoholkonsum abgestimmt. Na dann Prost.

# Direkte Mitbestimmung? Für und wider



Was spricht für den Verbindlichen Volksentscheid - und was dagegen?

[ Österreich entscheidet/Gabriel Geisler ]

## PRO: Demokratie ins 21. Jahrhundert holen

Die Wahlbeteiligung in Österreich sinkt kontinuierlich. Bei der vergangenen Nationalratswahl im Jahr 2013 haben rund 25 Prozent der Wahlberechtigten darauf verzichtet, eine Entscheidung für eine politische Partei zu treffen. Die Gründe dafür sind vielfältig: wachsendes Misstrauen in die Parteien, allgemeines Desinteresse an demokratischen Entscheidungen oder auch das Gefühl, als Einzelner nichts bewirken zu können.

Mit dem Verbindlichen Volksentscheid bekommen die Österreicher ein zusätzliches politisches Instrument, mit dem sie zum ersten Mal direkten Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen können. Jeder Österreicher hat dann die Möglichkeit, die eigenen Probleme zu thematisieren und selbst an Lösungsmöglichkeiten dafür zu arbeiten. Das stärkt die Bürgerbeteiligung und erhöht das Interesse an der Demokratie. Sowohl die Schweiz wie auch Deutschland auf Landesebene haben ähnliche politische Instrumente. Der für Österreich geplante Verbindliche Volksentscheid ist eine Weiterentwicklung davon.

## Bürgernahe Entscheidungen

Muss damit die Bevölkerung die Arbeit der Regierung übernehmen, die nicht mehr imstande ist, die an-

stehenden Probleme zu lösen? Ganz im Gegenteil: die Erfahrungen mit direktdemokratischen Instrumenten zeigen, dass damit auch die Leistung der Regierung besser und die Entscheidungen bürgernahe werden. Denn wird der Verbindliche Volksentscheid eingeführt, haben die Regierenden diesen immer im Hinterkopf und wissen, dass die Bürger bei schlechter Regierungsarbeit die Initiative übernehmen. Das spornet jeden Politiker zusätzlich an.

Dass die Bürger bei ihren Entscheidungen nicht nur an Einzelinteressen denken, sondern auch das Gesamtwohl im Auge haben, beweist abermals ein Blick in die Schweiz. Die Eidgenossen haben dort freiwillig für eine Steuererhöhung gestimmt, um das Rentensystem zu finanzieren.

## Expertise der Bevölkerung

Die Welt wird immer komplexer, technischer Fortschritt und Digitalisierung beschleunigen die Entwicklungen in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Politiker sind damit in vielen Fällen überfordert. Je mehr Personen aus der Bevölkerung ihre Expertise zur Lösung neuer Fragestellungen beitragen, desto besser und schneller können Probleme überwunden werden. Mit dem Verbindlichen Volksentscheid kommt die Demokratie endlich im 21. Jahrhundert und damit auch mitten in der Bevölkerung an.

## CONTRA: Hochsaison für Populisten

Die Abstimmung zum Brexit ist bereits über ein Jahr her. Bis heute ist immer noch unklar, welche Auswirkungen der EU-Austritt von England auf das Land selbst und die EU hat. Klar ist, dass dieser Volksentscheid eine langwierige Phase der wirtschaftlichen und politischen Destabilisierung nach sich zieht. Allein dieses Beispiel zeigt die Gefahren auf, wenn die Bevölkerung über ein Thema direkt abstimmt. Populisten und Manipulatoren haben vor einer Volksabstimmung Hochsaison, Emotionen überlagern dabei oft Fakten und rationale Entscheidungen. Viele komplexe Problemstellungen lassen sich auch nicht mit einer simplen „Ja“ oder „Nein“-Abstimmung lösen. Diskussionen unter Politikern und Experten sind zwar oft langwierig, führen dann aber zu einem Kompromiss, der von einer Mehrheit - in der Regierung und auch in der Bevölkerung - akzeptiert wird.

## Grundrechte verhandelbar?

Offen ist auch die Frage: Kann und darf wirklich über jedes Thema abgestimmt werden? Was passiert mit den sozialen Errungenschaften oder den Menschenrechten? Ist es klug, Grundrechte auf dem Altar der Demokratie zu opfern und zur Abstimmung frei zu geben?

Niemand wird bestreiten, dass die Bevölkerung bestmöglich in demokratische Prozesse eingebunden sein soll. Aber laufende Abstimmungen über viele einzelne Sachfragen führen dabei leicht zu einer Überforderung. Niemand kann sich in allen Themenbereichen so gut auskennen, um wirklich eine sachliche und profunde Entscheidung treffen zu können. Aus diesem Grund wählt die Bevölkerung ein Parlament und delegiert diese komplexen Entscheidungen an Profis.

## Mehrheit bestimmt

Auch wenn eine Volksabstimmung eine Entscheidung bringt, so bedeutet dies noch nicht, dass damit wirklich die große Mehrheit der Österreicher zufrieden ist. Abstimmungen können extrem knapp ausfallen und einen großen Teil der Bevölkerung benachteiligen. Ähnliches gilt für Minderheitenrechte. Gelingen diese zur Abstimmung, dann entscheidet eine Mehrheit über die Rechte einer Minderheit. Österreich verfügt über eine gut funktionierende repräsentative Demokratie, in der die Bevölkerung jene Parteien wählt, denen sie die Lösung von Problemen am ehesten zutraut. Gelingen Lösungen nicht, so kann die Bevölkerung schon bei der kommenden Wahl einer anderen Partei den Auftrag geben. Damit erübrigen sich dauernde Abstimmungen über Einzelthemen.

Wenn wir es nicht machen, macht es niemand

Von Maria Chlastak und Alexander Schmid von Österreich entscheidet

Warum ständig warten, dass andere etwas richten? Wir können nicht hoffen, dass die Einflusserreichen uns mehr Rechte einräumen. Ihnen geht unsere Mitbestimmung nicht ab.

Am 15. Oktober wählen wir wieder einmal. Es ist die uns bekannte Form der Ein-Minuten-Demokratie, bei der durch Wahlen die angebliche Macht des Volkes an Parlamente übertragen wird. Vor den Wahlen erhalten wir fast jedes Versprechen. Nach den Wahlen sind andere Themen von höherer Priorität, verhindern Sachzwänge die Umsetzung, können sich Koalitionspartner, Sozialpartner oder Parteifraktionen nicht einigen. So ist es auch schon des öfteren der direkten Bürgerbeteiligung ergangen. Vor den Wahlen wird sie versprochen, nach den Wahlen kommt nichts davon. Sobald Oppositionsparteien an der Macht sind, ist ihr Bedürfnis nach direkter Demokratie deutlich abgeflaut. Die nachrückende Generation in den Regierungsparteien fordert sie auch weniger deutlich, sobald sie selbst an den Schalthebeln sitzt. Dann plötzlich ist kraftvolles Regieren wichtiger, als sich ernsthaft mit den Ideen und Vorschlägen der Bevölkerung auseinanderzusetzen.

## Was ist zu tun?

Die Basis ist ein konkreter Vorschlag für eine wirksame Bürgerbeteiligung. Dieser Vorschlag wurde in den letzten zwölf Monaten von Experten, Aktivisten und Bürgern entworfen: der Verbindliche Volksentscheid inklusive Begleitmassnahmen. Jetzt gilt es, unserer Forderung Nachdruck zu verleihen. Je mehr Unterschriften wir sammeln, desto deutlicher wird es den Politikern, dass sie diesmal nicht darum herum kommen. Nach den Wahlen halten wir den Druck hoch, dass der Verbindliche Volksentscheid in das Regierungsprogramm aufgenommen wird. Nach der Regierungsbildung arbeiten wir mit dem Nationalrat an der zügigen und wirksamen Umsetzung.

Diesmal muss es klappen. Unterstützt du uns? Unterschreibe jetzt auf [entscheidet.at](http://entscheidet.at)

## Globale Demokratie-Weckrufe

### Brexit

Die Brexit-Abstimmung verunsichert. Verständlich, doch zu unrecht. Ohne regelmäßige Abstimmungen überlagert der Denktzettel an die Regierung die tatsächliche Sachfrage. Die vernünftige Mitte bleibt eher zu Hause. Erst die Erfahrung negativer Ergebnisse aktiviert sie. Die Wiederholung der Abstimmung würde ein anderes Ergebnis erzielen.

### Trump

Die US-Wahl scheint Beweis, dass man die Bevölkerung vor sich selbst schützen muss. Im Gegenteil: Wenn Bürgerbeteiligung kein Ventil für ungelöste Probleme bietet, wird eines Tages der Brandstifter Präsident.

### Beispiele aus der Schweiz

#### Minarettverbot

Die Schweizer stimmten für ein Verbot von Minaretten. So widersinnig das Anliegen ist, so hat es doch die Diskussion über unerwünschte Entwicklungen eines radikalen Islam in die öffentliche Diskussion gebracht - lange vor anderen Ländern.

#### Bedingungsloses Grundeinkommen

Die Abstimmung zum Grundeinkommen erzielte einen Achtungserfolg. 2,5 Millionen Schweizer beschäftigten sich mit der Frage, wie wir unseren Lebensunterhalt bestreiten, wenn Roboter unsere Erwerbsarbeit verdrängen.

### Freiwillige Steuererhöhung

Bürger würden niemals für Steuererhöhungen stimmen und dadurch den Staat aushöhlen? Die Schweizer stimmten für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, um das Rentensystem zu finanzieren.

### Umweltprojekt NEAT

Der längste Bahntunnel der Welt, von dem erst zukünftige Generationen und die Umwelt profitieren, wurde von der Bevölkerung unterstützt und mit Milliarden finanziert.

### Weitere Beispiele

Verlängerung der Ferien (gestimmt wurde mit nein), Erhöhung des Mindestlohns (nein), Transparenz von Managergehältern (ja).



Eine Initiative für verbindliche Mitbestimmung - für bessere Lösungen in der Politik.

[ Österreich entscheidet ]

## KONTAKT & INFORMATION

Citizens for Democracy - Österreich entscheidet Haus der Philanthropie,

Schottenring 16, 1010 Wien team@entscheidet.at entscheidet.at